

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt  
Tageblatt Riesa,  
Herrnstr. 22,  
Postfach 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestellbar bestimmte Blatt.

Verlagsamt  
Dresden 1800,  
Nicolaistraße  
Riesa Nr. 22.

Nr. 130.

Freitag, 7. Juni 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Räume des Tagesblattes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Geschäftspreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Druckerschrift-Zeile (6 Zeilen) 20 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zettelförmiger und tabellarischer Satz 20%, Kupplung, feste Linie, Druckfarbe, Druck, wenn der Betrag verläßt, wenn keine Angabe gemacht wird, wenn der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nützliche Anzeigenpreise: 100 Gold-Pfennige an der Hand. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Abbestellung und Verlags- und Druckerei: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goltzstraße 20. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Papst und Duce.

Die Väterverträge haben die Welt einigermaßen in Erstaunen versetzt. So klug auch vom politischen Standpunkt aus die Ausöhnung des italienischen mit dem Oberhaupt der mächtigen katholischen Kirche an sich ohne Zweifel ist, so wenig traute man doch gerade Mussolini einen derartigen Schritt zu. Das System des rücksichtslosen nationalen Egoismus, der nichts Höheres über sich anerkennt, steht seinem Wesen nach zur Religion mit ihrer unbedingten Ehrfurcht vor dem Göttlichen durchaus feindlich gegenüber und kann ihm gar nicht anders gegenübersehen. Jetzt tritt dieser Gegensatz wieder scharf hervor, und das Erstaunen über die Väterverträge weicht einer nüchternen Auffassung, wohl nicht nur bei den vertragsschließenden Parteien selbst, sondern vor allem auch im Urteil der Welt. Mussolini hat im Parlament seinem Verlangen nach die freidenkerische Kirche, die auch hinter dem Faschismus stehen, durch einseitige Ausfälle gegen Papst und Kirche für sich günstig zu stimmen versucht. Daß diese herausfordernden Reden auf der Gegenseite nicht ohne Antwort bleiben konnten, war voraussehen. Der Papst äußert sich in einem ausführlichen Schreiben an den Kardinal, Staatssekretär Gasparri, das die „Observatore Romano“ veröffentlicht. Er nennt es eine bittere Enttäuschung, daß Mussolini derartig feyerliche Versicherungen über das Wesen des Christentums getan habe, dessen göttlichen Ursprung er direkt leugnet. Diese Auffassungen hält er für schlimmer als protestantische oder modernistische Ansichten. Mit aller Entschiedenheit tritt der Papst für die Souveränität der Kirche ein, deren göttliches Wesen es durchaus nicht entspreche, wenn der weltliche Staat eine Kontrolle über sie beanspruche. Der Staat darf nach der päpstlichen Auffassung höchstens solche Rechte kontrollieren, die ihm unter Umständen schädlich werden könnten. In der Kirche dagegen sieht der Papst eine höhere, gegenwärtige Macht, die gar nicht kontrolliert zu werden braucht, und für deren Dasein der Staat nur dankbar zu sein braucht. Mussolini hatte sich auch mit verblüffender Deutlichkeit für eine unbedingte Gewissensfreiheit eingeleitet und die wissenschaftlichen Arbeitsergebnisse der katholischen Wissenschaft bemängelt. Diese Worte mußten sich freilich in seinem Munde um so merkwürdiger ausnehmen, als der Faschismus am allerwenigsten Gewissensfreiheit kennt, und seine eigenen großen wissenschaftlichen Leistungen auch noch durchaus der unbefangenen Zukunft angehören. Wenn der Papst verlangt, daß sich die Gewissensfreiheit nach den Grundsätzen der katholischen Kirche richten müsse, so wird diese Auffassung natürlich in nicht-katholischen Kreisen kritisiert werden. Aber Mussolini ist tatsächlich der Letzte, der auf das Recht zu solcher Kritik Anspruch geltend machen dürfte. Man erinnert sich auch des Genesinches in den Erziehungsjahren: Mussolini will der italienischen Jugend einen — deutlich sagt — frechen Erobererzucht beibringen: der Papst vertritt demgegenüber die höheren sittlichen Gesichtspunkte. Aus allem wird deutlich, daß die Väterverträge zwar einen äußerlichen Abbruch des Streites zwischen dem weltlichen und dem weltlichen Rom bedeuten, daß aber die eigentliche sachliche Auseinandersetzung anscheinend gerade jetzt erst recht beginnt.

## Der Reichsbahnfriedenspruch verbindlich.

X Berlin, 6. Juni. Der Reichsarbeitsminister hat, wie amtlich mitgeteilt wird, den gegen die Reichsbahn gefällten Friedenspruch für verbindlich erklärt. Es ist anzunehmen, daß dieser Schritt erfolgt ist, nachdem sich das Reichskabinett mit der Angelegenheit befaßt und der Verbindlichkeitsklärung zugestimmt hat. Gemäß diesem Friedenspruch werden die Löhne der Reichsbahnarbeiter erhöht und auch verschiedene Arbeitszeitfragen neu geregelt. Dies bedeutet zusammen eine finanzielle Mehrbelastung von rund 50 Millionen Mark pro Jahr. Auf die Erhöhung der Reichsbahnarbeiterlöhne entfallen davon 43,5 Millionen Mark.

## Vor Verhandlungen mit der Reichsregierung.

X Berlin. Nach der Verbindlichkeitsklärung des Reichsbahnfriedenspruchs durch den Reichsarbeitsminister wird, wie eine Berliner Korrespondenz berichtet, die Reichsbahn an die Reichsregierung wegen der Lohnfrage schleunigst herantreten, ohne daß dabei allerdings sofort die Forderung einer Tarifschlichtung erhoben werden dürfte. Man wird vielmehr versuchen, in den kommenden Verhandlungen zunächst die Möglichkeit einer Deckung für die entfallenden Mehrkosten auf anderem Wege, vielleicht durch den schon länglich angebotenen eventuellen Verzicht des Reichs auf den Uberschuß aus der Verkehrssteuer über den an den Reparationsagenten abzuführenden Betrag. Dem nunmehr für verbindlich erklärten Friedenspruch unterwirft sich die Reichsbahn mit der sofortigen Auszahlung der laufenden Lohnzahlungen aus der Betriebskasse, aber diese Zahlungen sind nur für den Augenblick und nicht auf längere Zeit zu leisten. Die Reichsbahn hat die Bedingung...

## Die erste Sitzung des sächsischen Landtages.

M. Dresden, 6. Juni 1929.

Am Donnerstag vormittag 11 Uhr wurde auf Ersuchen von Abgeordneten der Deutschen Volkspartei in der Evangelischen Domkirche ein

### Eröffnungsgottesdienst

abgehalten, bei dem der Landesbischof D. Ihmels die Predigt hielt. Er legte dabei die Worte aus dem 128. Psalm zugrunde: „Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen, von welchen mir Hilfe kommt“. Der Gottesdienst war nicht nur von den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien sehr zahlreich besucht, sondern es nahmen auch viele Mitglieder der gegenwärtig hier tagenden Landesversammlung, sowie eine große Anzahl Personen aus der Bevölkerung Dresdens teil.

### Der Sitzungsbericht.

#### Der neuernannte Landtag

trat bekanntlich nachmittags 1 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammen. Daus und Tribünen sind voll besetzt, sehr zahlreich ist auch die Damenwelt vertreten. Aufsehen erregt das gemeinsame Erscheinen der Nationalsozialisten im Saale, die einheitlich ein gelbbraunes Oberhemd mit Krammste in der gleichen Farbe tragen. Der Beginn der Sitzung verzögert sich um eine halbe Stunde, denn kaum hat die Sirene zum Beginn der Sitzung geseufzt, da erscheint ein Deutscher im Saale und teilt mit, daß die Sitzung erst um 1/2 Uhr beginnen werde.

Die Sitzung eröffnet der Präsident des vergangenen Landtags, Abg. Schwarz (Soz.). Er stellt zunächst die Beschlußfähigkeit des Landtags durch Namensaufruf fest. Sämtliche Abgeordnete sind anwesend.

Abg. Renner (Komm.) gibt zur Geschäftsordnung die Stellung seiner Partei zum Parlamentarismus im allgemeinen und zur Wahl des Präsidiums kund. (Redner wird vom Präsidenten wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß er nur zur Geschäftsordnung sprechen dürfe und beim Hammer Schlag des Präsidenten zu schweigen habe, widrigenfalls er aus dem Saale entfernt werden solle.) Die Kommunisten könnten einen sozialdemokratischen Präsidenten nicht wählen.

Da große Unruhe im Hause herrscht, erklärt der Präsident: Werden Sie nur nicht nervös, die ersten fünf Minuten haben wir ganz gut überstanden! Der Präsident schlägt hierauf vor, die Wahl des Präsidenten und der beiden Vizepräsidenten durch Zufall zu wählen. Die Kommunisten schlagen für den ersten Präsidenten den Abg. Herrmann-Weipzig (Komm.) vor. Dieser Vorschlag wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Zum Präsidenten wird hierauf gegen die Stimmen der Kommunisten u. Nationalsozialisten der Abg. Wedel (Soz.) gewählt. Für den Abg. Dr. Ehardt (Dn.) als ersten Vizepräsidenten stimmen auch die Nationalsozialisten, ebenso für den Abgeordneten D. Glöckner (Dsp.) als zweiten Vizepräsidenten.

Einstimmig erfolgt die Wahl der Abg. Günther-Plauen (Wirtsch.-P.), Herrmann-Weipzig (Komm.), Ruder (Soz.), Rausch (Soz.), Claus (Dem.) u. Dr. Böhmer (Volksr.-P.) zu Schriftführern.

### Ministerpräsident Feldt:

Nachdem der Landtag durch die Wahl seines Präsidenten sich konstituiert hat, habe ich mein Mandat als Ministerpräsident unter Hinweis auf § 28 Abs. 3 der Verfassung hiermit in die Hände des Landtags zurückzugeben. Mit den Herren Ministern erkläre ich mich aber bereit, die Geschäfte der Regierung bis zur Neubildung der Regierung weiterzuführen. Die Regierung hat ihnen den Staatshaushalt in unveränderter Form wieder vorgelegt. Das sollte so erscheinen, als wollten wir der künftigen Regierung vorgehen; aber die Not der Zeit hat uns genötigt, den Etat sofort wieder einzubringen, damit er so schnell als möglich verabschiedet werden kann. Es wird Sache der kommenden Regierung sein, bei den einzelnen Staatskapiteln etwaige Änderungen zu beantragen, denn seit Aufhebung des Etats haben sich die finanziellen Verhältnisse des Staates infolge der Finanzpolitik des Reichs, durch die die Einnahmen der Länder immer mehr geschmälert werden, verschlechtert.

### Präsident Schwarz

spricht die Hoffnung aus, daß es dem Landtag in kürzester Zeit gelingen werde, die Regierung zusammenzubringen und vertagt die Sitzung auf eine halbe Stunde, um den Fraktionen Gelegenheit zur Bildung der Ausschüsse zu geben.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung führt das Präsidium der neuernannte Präsident Wedel. Als Nachfolger des Präsidenten Schwarz dankt er diesem für seine Arbeit. (Gößliche Zurufe von den Kommunisten.) Ich erwarte einem schmerzlichen Mann gegenüber auch im politischen Kampfe ein warmes Verständnis. Herr Schwarz hat in schweren...

ausgehenden Sitzungen immer seinen Mann gestellt. Er hat seine Arbeit so geführt, daß wohl alle Parteien ihm das Lob der Objektivität zusprechen können. Wir wünschen dem bisherigen Präsidenten, daß er recht bald wieder genesen möge, um an den Arbeiten des Landtags frisch und gesund teilnehmen zu können. (Bravorufe in der Mitte und rechts.) Es folgt nunmehr die

### Wahl der Ausschüsse.

Der Vorstand schlägt vor, den Prüfungsausschuß, der bisher 15 Mitglieder umfaßte, auf 17 zu erweitern, und den Haushaltsausschuß B von 19 auf 21 Mitglieder. Dieser Vorschlag findet einstimmig Annahme. Ueber die Zusammensetzung der Ausschüsse sind sich die Fraktionen bereits einig geworden. Die Vorschläge für den Prüfungsausschuß, Haushaltsausschuß A, Haushaltsausschuß B und Rechtsausschuß finden ebenfalls einstimmig Billigung.

Hierauf wird die Sitzung wiederum auf eine halbe Stunde vertagt, um den Ausschüssen Gelegenheit zur Konstituierung zu geben. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird bekanntgegeben, daß der Prüfungsausschuß zum Vorsitzenden den Abg. Scheffler (Komm.) gewählt hat, der Haushaltsausschuß A den Abg. Ehardt (Dn.), der Haushaltsausschuß B den Abg. Glöckner (Dsp.), der Rechtsausschuß den Abg. D. Glöckner (Dsp.). Die Wahl des Büchereiausschusses soll später erfolgen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 18. Juni, 11 Uhr, Wahl und Vereidigung des Ministerpräsidenten.

### Der neue Landtagspräsident.

Der sozialdemokratische Abg. Wedel, ist am 15. März 1877 in Seebewitz bei Zwickau als Sohn eines Bergarbeiters geboren, besuchte das Seminar in Auerbach, wurde 1896 Hilfslehrer in Rodewisch, dann in Dresden, 1901 wurde er händiger Lehrer an der 8. Bezirksschule in Dresden, später an der 1. Bürgerschule, die in eine Berufsschule umgewandelt wurde. Zeitweilig war Wedel ihr Leiter. Seit vielen Jahren gehört Wedel dem Landtag an; seit geraumer Zeit ist er Vorsitzender des Haushaltsausschusses A. Volklich gehört er zu den Radikalen.

### Der Vorsitz in der Wirtschaftspartei.

Die wirtschaftsparteiliche Landtagsfraktion hielt am Donnerstag eine Sitzung ab und beschloß, wieder den Abg. Kaiser zum Vorsitzenden und die Abg. Dr. Wilhelm und Ahmann zu Stellvertretern des Vorsitzenden der Fraktion zu wählen.

### Die Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei

hat im Landtage ihren im alten Landtage nicht verabschiedeten Initiationsgeschehen über eine Wartenbaukammer, eine Ausverkaufskammer und eine Filialkammer neu eingebracht. In einem weiteren Antrage der Wirtschaftspartei wird die Regierung ersucht, auf die Reichsbahnverwaltung Dresden dahin einzuwirken, daß die gefährdeten Bahnübergänge, so weit noch nicht geschehen, unverzüglich durch Schranken geschützt werden.

### Volksparteiliche Landtagsanträge.

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat zwei Anträge eingebracht, deren erster auf den schweren Zusammenstoß zwischen Eisenbahn und Kraftwagen bei Reuzbach

am 20. Mai d. J. an dem ungeschützten Bahnübergange an der Linie Bischofswerda-Zittau, der zwei Todesopfer forderte, Bezug nimmt. An der gleichen Stelle ereignete sich bereits im Jahre 1925 ein tödlicher Unfall. Da an jenem Bahnübergange ein harter Fußgänger- und Fahrverkehr herrscht, muß trotz aller Vorkehrungen bei Unübersichtlichkeit des Geländes mit weiteren Unglücksfällen gerechnet werden. Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsbahndirektion Dresden darauf hinzuwirken, daß jener Bahnübergang in wirksamer Weise geschützt werde.

Der zweite Antrag bezieht sich auf die schon häufig kritisierten

### unhaltbaren Verhältnisse auf dem Bahnhof Eiterberg.

Da angesichts der zunehmenden Industrialisierung der Stadt Eiterberg ein Ausbau des Bahnhofsbauwerkes nicht mehr erträglich erscheint, soll die Regierung ersucht werden, sich bei den zuständigen Stellen nachhaltig dafür einzusetzen, daß der Bahnhof Eiterberg endlich dem neuzeitlichen Bedarf entsprechend ausgebaut werde.

Die nationalsozialistische Landtagsfraktion wählte den Abg. Dr. Frisch, Plauen, zu ihrem Vorsitzenden.

Zu Fraktionsvorsitzenden der Volkrechtspartei und der Nationalisten, die sich bekanntlich, um Fraktionsrechte zu erhalten, zu einer Fraktion zusammengeschlossen haben, wurden, wie verlautet, die Abgeordneten Ministerpräsident Glöckner (Dsp.) und Max Plauen (Volksr.), gewählt.